Der oberschlesische Wanderer

Gegründet 1828

Nr. 272
95. Jahrgang
Verlagsort Gleiwitz

Sonnabend, 24. und Sonntag, 25. November 1923

Postscheck-Konto Breslau 1382. Telegramme Wanderer Gleiwitz. Gerichtsstand Gleiwitz
Fernsprecher Gleiwitz 171, 172, 231.

Preis: 120 Milliarden Mk., für poln. Oberschl. 35000 poln. Mk.

Aelteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Der „Wanderer" erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis für die Woche vom 19.—25. November in Deutsch-Oberschlesien 0,60 GM, zurzeit sechshundert Milliarden Mark, in Poln.-Oberschlesien 200000 polnische Mark, im Voraus zahlbar frei Haus — Preise freibleibend — Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Streik und deren Folgen begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: In Deutsch-Oberschlesien die einspaltige mm-Zeile 0,10 GM, im Reklameteil 0,40 GM, für auswärtige Anzeigen die einspaltige mm-Zeile 0,20 GM, im Reklameteil 0,80 GM. Amtliche, Finanz- und Heilmittelanz. im Industriebez. 0,20 GM, amtl. Anz. auswärts 0,40 GM. In Poln.-Oberschl. für auswärtige u. amtliche Anzeigen die mm-Zeile 20000 poln. Mk., für Ortsanz. 16000 poln. Mk. Angebots- und Auskunftsvermittlg. 0,10 GM, Beilagengebühr 2,— GM ‰. Bei gerichtlicher Mitwirkung, bei Akkord oder bei Konkurs fällt jede Rabattbewilligung fort.

Der Sturz der Regierung

G. Berlin, 24. November. (Eig. Ber.) **Das in gestriger Reichstagssitzung von Reichskanzler Dr. Stresemann geforderte Vertrauens-Votum wurde mit 230 gegen 155 Stimmen abgelehnt bei 7 Stimmenthaltungen.**

TU. Berlin, 23. 11. (Telunion) Nach Schluß der Plenarsitzung empfing Reichskanzler Dr. Stresemann nach einander die in- und ausländische Presse und begab sich hierauf zum Reichspräsidenten, um ihm die Demission des Kabinetts zu überreichen.

Totensonntag

Gleiwitz, 24. November.

Wie eine stille Insel erscheint uns der Tag im Jahre. Weltab liegt er scheinbar von der Menschen Lärm und Lassen, vom Vorwärts- drängen und Plänesschmieden. Wie ein weltentrücktes Eiland mutet uns heute der stille Friedhof an, die wehmutsvolle Ruhestätte unserer lieben Entschlafenen.

Totenfest! Welch ein gewaltiger Zug des Sterbens ist schon über diese Erde gegangen. Nicht nur in den blutigen Kriegen der Geschichte, nicht nur in dem ungeheuerlichen Weltkrieg, auch in der Folgezeit, im Gegenwartsleben hat der Tod seine furchtbare Ernte gehalten. Und er hält sie noch. Mit Schaudern vertrauen wir Deutsche nur an die Zukunft zu denken. Vor der Blüte der Jugend macht der grausige Schnitter nicht Halt, der reifen Manneskraft fällt er in den Arm, nirgends fragt er, ob sein Sensenschlag ein häusliches Glück, ein berufliches Streben vernichtet. Gewiß, so hören wir immer wieder sagen, „müssen wir alle einmal sterben, das Klagen hat keinen Zweck", aber der persönliche Schmerz verlangt natürlich auch sein Recht, wenn er auch in unserer schicksalsschwangeren Zeit still und stark getragen werden muß.

Harmonisch sollten sie zusammenklingen, die Gedanken der Trauer und Stimmen des Trostes. Christliche Glaubenshoffnung leuchtet beim Rätsel dunkel des Sterbens auf. Der Gottesacker mit seinen großen und kleinen Gräbern ist dem überzeugten Christenmenschen nicht eine öde Verzweiflungsstätte: die Kreuze sollten uns in der Jetztzeit ein lebendiges Erinnern wachrufen an das Kreuz von Golgatha mit seiner Riesenfülle von Schmerz und Liebe zugleich. Gläubigen Menschenherzen ist diese Glaubenshoffnung und ihre Liebe auch heutzutage noch ein Erlebnis; sie klammern sich daran, wenn im verzweiflungsvollen Lebenskampf der Gegenwart alle anderen Daseinsstützen zu zerbrechen scheinen. Und dieser Glaube hat bleibende Macht und Kraft, jene Macht, die unserem Leben den ewigen Sinn verleiht. Glauben, hoffen und lieben!

Einem Toten rühmt man nach, daß er von Vielen geliebt worden sei. Man sollte lieber fragen, wieviel er geliebt hat. Wir haben das Gebot der Nächstenliebe verlernt. Jene Liebe fehlt uns, die nicht nur sich selber sucht, sondern auch den Mitmenschen einschließt. Ist die rücksichtslose wirtschaftliche Ausbeutung im heutigen Geschäftsleben etwa Liebe? Sind die Parteien etwas anderes als planmäßige Geldsucht? Die Vorgänge im Reichstage zeigen hier ein widriges, häßliches Bild des Parteineidens. Nein, es leuchtet uns im Dunkel der Gegenwart kein anderer durchdringender Hoffnungsstern als die Betätigung jener im Gottesglauben verankerten Richtlinien, die uns zur Liebe des Mitmenschen zurückführen. Nicht etwa soll ein todesmattes Schwarzseherthum die Gemüter lähmen. In lebendigem Ringen und Schaffen soll auch in unserer Notzeit warmherziges Leben sein tapferes „Ja" sprechen, aber nur auf der Grundlage göttlicher und menschlicher Gesetze sollen wir uns wirklichen strahlenden Hochzielen zuwenden.

Kränze der Liebe und der Dankbarkeit legen wir heute auf die Grabhügel unserer Lieben, still sinnen wir darüber nach, was sie uns gewesen sind. Früher oder später wird auch uns die lodernde Lebensfackel aus der Hand gleiten, sinnend werden vielleicht auch unsere Lieben an einem Grabe stehen und lesen: „Hier ruht . . ." Möge denn auch unser Leben vom Glaubenshoffen und rechter Nächstenliebe durchdrungen, unser Dasein also nicht vergeblich gewesen sein.

Wb.

Neubildung des Kabinetts

Das Zentrum fordert eine Regierung der Arbeitsgemeinschaft

Cb. Berlin, 24. November. (Eig. Bericht.) Der Reichspräsident hat noch gestern abend 10 Uhr den Reichstagspräsidenten und dann den Zentrumsführer Dr. Marx empfangen. Für heute Vormittag 8½ Uhr sind die Sozialdemokraten unter der Führung Hermann Müllers zum Reichspräsidenten geladen, für 9½ Uhr die Demokraten und für 10 Uhr die Deutsche Volkspartei. Bis frühestens heute Mittag, nachdem der Reichspräsident mit sämtlichen Parteiführern gesprochen hat, dürfte bekannt werden, wem er den Auftrag zur Neubildung des Kabinetts erteilen will. Das Zentrum wünscht das neue Kabinett aus den Parteien der Arbeitsgemeinschaft, das durch seine Zusammensetzung einen Einschlag nach rechts möglich macht, so daß es von den Deutschnationalen geduldet werden dürfte.

Stresemanns Rücktritt angenommen

TU. Berlin, 23. Novbr. Der Reichspräsident hat die Demission des Gesamtkabinetts angenommen. Auf seinen Wunsch hat Dr. Stresemann sich bereit erklärt, die Geschäfte des Kabinetts bis zur Neubildung weiterzuführen.

Die Amerikahilfe ein Bluff?

Cb. München, 24. Nov. (Eig. Ber.) Die München-Augsburger Abendzeitung meldet aus Newyork, daß die Berliner Verlautbarung von einer Kredithilfe Amerikas für Deutschland ein ungeheurer Bluff des Kabinetts Stresemann sei. In Wirklichkeit liege weder dem Staats-Departement, noch dem Kongreß ein dahingehender Antrag vor. Es handle sich nur um das Angebot einer Interessentengruppe, die für das zu gebende Geld Waren an Deutschland auf Kredit liefern wolle.

Beginn der Militär-Kontrolle

Cb. Berlin, 24. Novbr. (Eig. Ber.) General Nollet hat gestern Mittag in einem Schreiben der Reichsregierung die Wiederaufnahme der alliierten Militär-Kontrolle zur Anzeige gebracht und als den Tag der neuen Kontrolltätigkeit der Kommission den 28. November bezeichnet. Der General verlangt die Beistellung deutscher Offiziere für die beginnenden Inspizionen in Sachsen und Bayern.

Die Bayern wehren sich

Cb. München, 24. Novbr. (Eig. Ber.) Die rechtsgerichteten Organisationen in Bayern haben dem Generalstaats-Kommissar die Aufforderung zugestellt, die Tätigkeit der Militär-Ueberwachungs-Kommissionen in Bayern nicht zuzulassen, da andernfalls mit ernsten Unruhen und einem neuen Ausbruch der nationalen Bewegung in Bayern zu rechnen sei.

Rhein und Ruhr protestieren

Cb. Berlin, 24. Novbr. (Eig. Ber.) Gewerkschaften und Beamtenvertretungen des besetzten Gebietes sind gestern in Berlin eingetroffen, um die Regierung zur sofortigen Zurücknahme des Beschlusses des Kabinetts Stresemann aufzufordern, wonach sämtliche Zahlungen an Erwerbslose und Beamte des Ruhrgebietes ab 1. Dezember eingestellt werden.

Gefängnis für Reichstreue

TU. Pfalz, 24. Nov. (Eig. Ber.) Von dem Militärgericht in Kaiserslautern wurden insgesamt 63 Personen, die im Abwehrkampf gegen die Separatisten standen, zu Gefängnisstrafen von mindestens einem Monat verurteilt. In Landau wurden neun Personen von den Franzosen wegen Vergehens gegen die Separatisten verhaftet und in das Militärgefängnis eingeliefert. In Pirmasens wurden 8 Personen von den Franzosen verhaftet.

Vernehmung statt Mitberatung

Deutschlands Vertreter vor der Repko.

TU. Paris, 23. Nov. Die Reparations-Kommission ist heute morgen zu einer Sitzung zusammengetreten, in der die deutschen Delegierten angehört wurden. Die den Delegationen zugeteilten Sekretäre Groß-Britanniens, Italiens und Belgiens waren erschienen. Der amerikanische Delegierte Logan wohnte als Beobachter der Konferenz bei. Das Präsidium führte der französische Delegierte Barthou, der die Sitzung um 10 Uhr eröffnete. Sie dauerte bis gegen 1 Uhr. Der deutsche Delegierte Fischer legte in zweieinhalbstündiger Rede die Lage Deutschlands dar. Die Kommission hörte seine Ausführungen ohne Unterbrechung an. Am Schluß der Sitzung verlangte man von der deutschen Delegation die Zurücklassung ihrer Dokumente und Denkschriften. Hierauf wurde die deutsche Delegation entlassen und der Schluß der Sitzung bekannt gegeben. Die Reparations-Kommission wird am nächsten Dienstag wieder zusammentreten. Es ist infolgedessen nicht ausgeschlossen, daß morgen die deutsche Delegation zum Teil noch einmal vernommen werde, um einige Aufklärungen, die von der Reparations-Kommission noch verlangt werden können, zu geben.

Abschluß des Industrie-Abkommens

Die deutsche Regierung ausgeschaltet

Cb. Berlin, 24. November. (Eig. Ber.) **Gestern Abend wurde das Industrieabkommen in Düsseldorf unterzeichnet. Die Pariser Havas-Agentur meldet, daß das Abkommen für Frankreich rechtsverbindlich sei ohne vorherige Zustimmung der deutschen Regierung. Diese Zustimmung würde auch von Frankreich nicht eingeholt werden.**

TU. Paris, 24. Nov. (Eig. Ber.) Die Nachricht von der Unterzeichnung des Abkommens zwischen den rheinischen Industriellen und der interalliierten Rheinland-Kommission wurde gestern in später Abendstunde in Paris bekannt und lebhaft besprochen. Allgemein wird die Ansicht vertreten, daß dieses Abkommen erst das eigentliche Ende des passiven Widerstandes bedeutet. Die Morgenpresse richtet an England die Frage, ob es noch immer nicht einsehe, daß die Stunde der Zusammenarbeit zwischen Frankreich und England in der Ruhrfrage geschlagen habe.

Deutscher Reichstag

392. Sitzung. Freitag, den 23. November.

Am Regierungstisch Reichskanzler Dr. Stresemann, Reichswehrminister Dr. Geßler, Reichsinnenminister Dr. Jarres.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 11,30 Uhr.

Darauf wird die große politische Aussprache fortgesetzt. Es liegen drei Mißtrauensvoten vor.

Reichskanzler Dr. Stresemann gibt sofort zu Beginn der Aussprache folgende Erklärung ab: Die Reichsregierung fordert eine klare, unzweideutige Entscheidung darüber, ob sie das Vertrauen des Parlaments besitzt oder nicht. Ich richte daher an die Fraktionen, die der Regierung nahestehen, die Bitte, durch Einbringung eines Vertrauensvotums eine klare Entscheidung herbeizuführen. (Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. Dr. Scholz (Dt. Vp.) bringt darauf folgendes Vertrauensvotum ein: Der Reichstag spricht der Reichsregierung das Vertrauen aus.

Darauf wird in der Erörterung fortgefahren.

Abg. Erkelenz (Dem.) erklärt, selten habe ein Parlamentarier in so offener zynischer Weise von der Tribüne Hochverrat gesprochen, wie gestern der deutschvölkische Abgeordnete von Graefe. (Lebhafte Zustimmung in der Mitte und links.) Das Rheinland sei heute der französische Kriegsschauplatz. Die rheinische Bevölkerung werde auf die härteste Probe gestellt. Die letzte Entscheidung der Reichsregierung in Bezug auf die Einstellung der Leistungen habe dort die stärkste Erregung hervorgerufen. Die bayrische Frage bedeute, vom Rheinland aus gesehen, für Deutschland eine Katastrophe. Die Reichsregierung hätte von vornherein ihre Autorität zur Geltung bringen müssen. Der Beamtenabbau dürfe nicht zu parteipolitischen Zwecken ausgebeutet werden. Der Redner erklärt, daß die Demokraten hinter der Regierung stehen.

Abg. Koenen (Komm.) protestiert gegen das Verbot der kommunistischen Partei und beantragt, daß das Haus sofort dazu Stellung nehme und die Aufhebung des Verbotes beschließe.

Präsident Löbe stellt fest, daß gegen die Verbindung des Antrages mit der politischen Aussprache kein Widerspruch erhoben werde und daß dieser Antrag also angenommen sei.

Abg. Koenen (Komm.) beantragt nunmehr, den Reichskanzler aufzufordern, sich sofort zu der Sache zu äußern.

Präsident Löbe stellt fest, daß der Reichskanzler nicht gezwungen werden könne, zu einem bestimmten Zeitpunkt das Wort zu ergreifen, ebensowenig wie man in dieser Hinsicht gegen einen kommunistischen Abgeordneten einen Zwang ausüben könne. (Heiterkeit.)

Der Antrag Koenen, den Reichskanzler zum Sprechen zu veranlassen, wird nicht genügend unterstützt. (Großer Lärm bei den Kommunisten. Die Abgeordneten Herzfeld und Malzahn werden zur Ordnung gerufen, der Abgeordnete Thomas wird zweimal zur Ordnung gerufen.)

Abg. Leicht (Bayer. Vp.) mahnt zur Ruhe und Besonnenheit in dieser schweren Zeit. Der Münchener Putsch sei ein Verbrechen am ganzen Volk gewesen. Rassenhaß und Klassenhaß sei mit dem Christentum unvereinbar. Redner erklärte zum Schluß, daß man von Dr. Stresemann nicht mehr erwarten könne, als den Worten auch die entsprechenden Taten folgen zu lassen. Die Bayerische Volkspartei könne daher dem Vertrauensvotum nicht zustimmen.

Reichswehrminister Dr. Geßler geht sodann ausführlich auf die gestrigen Darlegungen der Ministerpräsidenten von Sachsen und Thüringen ein. Niemand sei der Ausnahmezustand unangenehmer als ihm, da heute die Zusammenfassung aller Kräfte notwendiger denn je sei. Der Minister wird fortwährend durch lärmende Zurufe der [illegible] unterbrochen, die sich dicht an die [illegible] drängt haben. Präsident Dr. Weil [illegible] verbietet ein und ersucht den [illegible] einzunehmen. Die Kontrollausschüsse [illegible] durchaus unzuverlässiger Leute in die [illegible] lage eingegriffen. Es müsse unter allen Umständen Ordnung geschaffen werden. (Stürmischer Lärm [illegible] den Kommunisten.) Von allen gestern vorgetragenen Beschwerden verfassungswidriger Art sei dem Reichsinnenminister nichts bekannt. (Hört, hört [illegible] heit.) Der angeblich sich schlecht behandelnde [illegible]